



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1918

256 (5.6.1918) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-181210](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-181210)

gelingen ist, bei der zweiten Offensive die Lage zu ihren Gunsten zu ändern, und da sie sich auch zum dritten Male haben überrollen lassen, ist zu befürchten, daß sie auch in der nun zu erwartenden Pause nicht viel ausrichten werden und daß sie in Unsicherheit abmarschieren müssen, ob die Deutschen nach einiger Zeit wieder mit einer vierten Offensive hervorzubringen werden, die ebenso erfolgreich ist wie ihre früheren Offensiven.

Stegemanns Urteil.

c. Von der schweizerischen Grenze, 5. Juni. (Pr.-Tel. g. R.) Stegemann schreibt im Berner Bund, man müsse wohl mit einer Räumung von Reims rechnen. Die Folge werde sein, daß Hoch die jetzt gefährdete Champagne-Front mit der neu entstehenden Marne- und Durcq-Front zu beden suchen werde, indem er seine Truppen auf das zwischen Reims und Sperran liegende Hügelgebiet zurücknehmen wird, das in dem sog. Reims-Berg, der 21 Meter hoch ist, gipfelt.

Die Flüchtlinge.

c. Von der schweizerischen Grenze, 5. Juni. (Pr.-Tel. g. R.) Das „Berneer Intelligenzblatt“ meldet: Französische Flüchtlinge berichten, daß die fortgeschrittene Bevölkerung aus den Gegenden, wo sich jetzt die neue große Offensive abspielt, über Paris in das Innere Frankreichs gebracht wurde. Nur wenige der Leute sind am Pariser Ostbahnhof ausgeflogen und im dortigen Alten Seminar bis auf weiteres untergebracht. Das Gepäck dieser Leute bestand durchweg aus ganz kleinen Bündeln, da sie ursprünglich den Befehl zum Abmarsch erhielten und gar nichts mehr von ihren Habegelegenheiten verpacken konnten, als das Notwendigste für den täglichen Gebrauch. Die meisten der Flüchtlinge mußten lange Strecken zu Fuß zurücklegen, ehe sie einen Eisenbahnzug erreichen konnten.

Clemenceau vor der Kammer.

Unbekannte Phrasen.

Paris, 4. Juni. (M. S. Nichtamtlich.) Deputiertenkammer. Vor vollbesetztem Hause erklärte Clemenceau die Interpellation über die militärische Lage nicht beantwortet zu können. Er habe sich vor der Heereskommission ausgesprochen, könne aber gegenwärtig öffentlich nicht mehr sagen. Außerdem widerlegte er sich, daß die Kammer sich als Geheimkomitee konstituiere.

Im Namen der Sozialisten hat Cachin Clemenceau, Entfärbungen abzugeben und verwahrt sich gleichzeitig gegen jeden Gedanken von Feindseligkeit, denn es handle sich um das Wohl des Vaterlandes. Clemenceau wiederholte, daß es ihm unmöglich sei, nach Verlauf von 6 Tagen der Schlacht Entfärbungen über die militärische Lage abzugeben. Die Untersuchung über die Verantwortlichkeit sei im Gange. Er werde aber nicht die Feigheit begehen, Maßnahmen gegen Führer zu ergreifen, die sich um das Wohl des Vaterlandes verdient gemacht haben.

Clemenceau sagte in seiner Rede weiter: Der Abfall Rußlands erlaube den Deutschen, 20 Divisionen gegen uns zu werfen. Der Augenblick ist für uns günstig, aber der Soldaten Kampf einer gegen fünf. Clemenceau lobte dann die militärischen Führer, besonders Foch und Petain und fuhr fort: Ich verführe, Hoch besitz das Vertrauen der Verbündeten. Der Kriegsrat von Versailles beschloß außerdem, ihm öffentlich keine Anerkennung auszusprechen. Die Deutschen haben sich in ein Abenteuer gestürzt. Wir werden allerdings zurück, werden aber niemals kapitulieren. Wenn wir entschlossen sind, bis zum Ende zu gehen, ist der Sieg unser. Die deutsche Taktik versucht, uns zu erschrecken. Es wird ihnen nicht gelingen. Die Amerikaner kommen.

Das Spiel geht mit Hilfe der Amerikaner weiter. Unsere Verbündeten sind entschlossen, den Krieg bis zum Ende zu führen. Wir werden den Sieg gewinnen, wenn die öffentlichen Gemütern auf der Höhe sind. Clemenceau schloß: „Wenn ich meine Pflicht nicht getan habe, so jagen Sie mich davon, wenn Sie mir Vertrauen schenken, so lassen Sie mich das Werk vollenden.“

Am Schluß der Kammer Sitzung befanden mehrere Abgeordnete auf Forderung eines neuen Termins zur Erörterung der Interpellationen über die militärische Lage. Clemenceau verweigerte jede Fortsetzung der Debatte und stellte die Vertrauensfrage. Man sprach zur Abstimmung. Die Vertagung auf unbestimmte Zeit, welche die Regierung forderte, wurde mit 377 Stimmen angenommen. 110 Stimmen waren dagegen.

Ein neues slawisches Programm in Desterreich.

Man schreibt uns aus Wien: In Verbindung mit der Jubelfeier des habsburgischen Nationalheaters in Prag fand dort eine Versammlung von Vertretern „nichtdeutscher und nichtmagyarischer Völker“ statt, die gelobten, alles zu tun, was in ihren Kräften stehe, damit ihre Nationen nach diesem schrecklichen Kriege ihre Befreiung erreichen und auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes zu einem neuen, freien Leben in eigenen selbstständigen Staaten auferstehen. Die Teilnehmer an der Versammlung erklärten, einig zu sein in der Überzeugung, daß eine bessere Zukunft ihrer Völker nur auf den festen Grundlagen der Weltfriedenspolitik, auf einer höheren und souveränen Volksherrschaft innerhalb der Nationen und durch einen mit autoritativer Gewalt ausgestatteten Völkerverbund gegründet und dauernd gesichert werden könne. Sie lehnten aufs entschiedenste alle slawischen Verträge ab, die nicht durch den souveränen Willen der Nationen bestätigt sind. Dieser Entschlossenheit haben sich auch die Südslawen, die Italiener Südtirols und ein Teil der Polen angeschlossen. Ein Blatt, das nach aller Erfahrungen die Desterreich während des Krieges mit dem größten Teile der Slawen und der Italiener machte, nach immer die Meinung vertritt, es sei mit ihnen zu einem Völkerverbunde zu gelangen, das führende Blatt der christlichslawischen Partei in Steiermark, das „Proger Volksblatt“, schrieb zu der neuesten Proger Deklaration u. a. Folgendes: „Während die erste slawische Deklaration noch von einem Bundesstaat spricht und nach einem Wert darauf legt, mit der habsburgisch-slawischen Monarchie in Verbindung zu bleiben, hat die bekannte Dreifach-Kundgebung diese Einschränkungen fallen gelassen und nur den slawischen Staat schlechthin verlangt. Die neueste Proger Entschlossenheit, der sich auch die Südslawen, die Italiener Südtirols und ein kleiner Teil der Polen angeschlossen haben, geht um einen Schritt weiter. Sie erkennt nur die Volksherrschaft an, mit der ein Teil der revolutionären Magyari Desterreich strengen wollte, und verlangt selbständige Staaten, denen es freisteht, sich zu einem Staatenbunde zusammenzuschließen.“

Das souveräne Selbstbestimmungsrecht ist natürlich so gedacht, daß 33 Prozent Slawen des neuen slawischen Staates das Recht haben sollen, ohne Rücksicht auf Geschichte und Entwicklung auf Demokratie und Monarchie über die Zukunft des neuen Staates zu entscheiden, wobei es sich ganz gut verstehen wird, daß für die 2/3 Prozent Ungarn das Selbstbestimmungsrecht nicht gilt. Natürlich wird das „souveräne“ slawische Volk auch über die Regierungsform entscheiden und das letzte Wort über die Frage, ob Republik oder Monarchie, zu entscheiden haben. Monarchie und Genossen wollen heute von einem Bundesstaat nichts mehr wissen. Sie haben es selbst gefühlt, daß die beiden Begriffe „Bundes-

staat“ und „Souveränität“ sich nicht vereinen lassen, denn diese kann nicht bei Einzelstaaten vorkommen, sondern nur dem Oberbegriff der Vereinigung der Einzelstaaten zuzuführen, und daß jedem Bundesstaat der Zug zur Zentralisierung eigen ist. Desterreich läßt sich in der nordamerikanischen Union, in der Schweiz, vor allem aber in Deutschland stellen, wo die Macht des Oberstaates wächst, die der Einzelstaaten verkümmert. Diese Erwägungen mögen die Völkervertreter in Prag bewegen haben, das alte Programm mit dem Bundesstaat ganz über Bord zu werfen und sich für die souveränen nationalen Staaten auszusprechen. Damit ist wenigstens eine Unklarheit aus der Welt geschoben und den slawischen Demokraten die Möglichkeit genommen, in Wien als Monarchisten aufzutreten und in Prag eine andere Rolle zu spielen. Auch die Italiener in Südtirol haben durch ihre Zustimmung zu diesem Proger Beschluß deutlich verraten, was von ihnen zu erwarten ist.

Der Teilnahme einiger Polen, die schon lange als unverzichtlich galten, legen wir keinen besonderen Wert bei, zumal die Mehrheit des polnischen Volkes einen Ausgleich mit unlerer Monarchie eifrig anstrebt, und die Aussichten für eine günstige Lösung der polnischen Frage sich seit der Kongresszusammenkunft im Großen Hauptquartier gebessert haben. Was sagen aber die Südslawen dazu, daß ihre Vertreter in Prag sich vor diesem Radikalschritt bedeckt haben? Oder ist die Idee ihres Nationalstaates schon so in ihre Köpfe durch die geräuschvolle Agitation hineingekommen worden, so daß auch sie von dem Festhalten an der Dynastie und von dem Bestehen in der habsburgischen Monarchie nicht mehr sprechen und sich immer mehr dem Korruptprogramm der Serben nähern? Auffallend war es, daß die slowenische Volkspartei den Proger Forderungen ferngeblieben ist und die Vertretung ihres Volkes den Liberalen überließ, die schon vor dem Kriege einen sehr bedenklichen nationalen Programm ausgaben. Es ist zu erwarten, daß die slowenische Volkspartei den liberalen Volksgenossen das Recht abspricht, auch in ihrem Namen irgend welche Verpflichtungen in Prag übernommen zu haben, denn sonst läßt sie Gefahr, mit den Anhänger der souveränen Staaten in einen Topf geworfen zu werden. Unsere Feinde können aber mit dieser Entscheidung des nationalen Kampfes zufrieden sein.

Dazu sei bemerkt, daß die neueste Proger Kundgebung in den Grundgedanken mit einem neuen Nationalitäten-Programm übereinstimmt, das jüngst von den links stehenden polnischen, slowenischen und deutschen Sozialdemokraten beschlossen wurde. Um das Wiedererstehen der sozialistischen Internationale in Desterreich zu ermöglichen, setzen sich deutsche Sozialdemokraten für die Vertretung nationaler Staaten in Desterreich ein. Durch konstituierende Nationalparlamentarismen sollen nach diesem Programm die einzelnen Völker selbst über ihr Verhältnis zu den Nationalgenossen in den Nationalstaaten entscheiden, sowie auch über das Verhältnis zu den anderen Nationalen Desterreichs. Wir haben es da mit dem Kernprogramm der fortschrittlichen Forderungen des Programmes der nationalen Autonomie zu tun, das sich immer deutlicher als das Programm für die Auflösung Desterreichs in eine Reihe von Staaten darstellt.

Zu den österreichischen Unbegreiflichkeiten der schlimmsten Art gehört die Tatsache, daß mit diesem Programme auch Politiker sich zu befreunden vermögen, die Desterreich erhalten wollen. Wie soll das möglich sein unter Anwendung eines Programmes, das den Weg der Feinde zur Auflösung Desterreichs weist? Das Proger Bestreben zur Selbstemancipation, das Bestreben derer, die Desterreich zu nächst erhalten wollen, um es zu zerstören zu können, weist den staatsrechtlichen Elementen einen ganz anderen Weg, den Weg der festen staatlichen Ordnung auf deutscher Grundlage.

Der Hauptausfluß des Reichstags.

Weitere Beratung der Steuervorlage.

[Berlin, 5. Juni. (Von unserem Berliner Büro.)] Der Hauptausfluß des Reichstags setzte am Mittwoch die durch die Finanzkommission unterbreitete Beratung der Steuervorlage fort, und zwar wandte er sich den Marschensteuer zu. Zunächst kam das Reichsfinanzgesetz an die Reihe, aber das der Abgeordnete Reiff (Soz.) einen eingehenden Bericht erstattete. Er empfahl die Annahme der Vorlage und wollte die Regelung von Einzelfragen einem Unterausschuß überlassen sehen. Der Grundgedanke der Vorlage aber sei begründet, denn man müsse aus dem Steuereinkommen so viel Geld herausheben, als ohne Schädigung des Wirtschaftslebens möglich sei. Daneben denke man auch an eine Dividendensteuer, deren Ausbleiben im Lande Verwunderung erregt habe. Aber kommen muß diese Steuer und man sollte die letzte Zeit dafür ausnützen.

Hg. Dove (Volksp.): Die Vorschläge des Berichterstatters gehen weit über die Vorlage hinaus, die die Bedürfnisse des Bürgers berücksichtigen, wenn auch nicht in allen Punkten, berücksichtigen. Die vorgeschlagene Erhöhung des Aktienumsatzsteuereinkommens auf das Fünftel wird nicht auf den jährlichen Ertrag bringen, weil der Verkehr zurückgehen wird.

Hg. Müller-Frieda (Zentr.): Die Berechnung des Reichsfinanzgesetzes aus dem Ertrag des Umsatzsteuereinkommens ist eine Willkürmaßnahme. Kein Mensch glaubt, daß die Verzehnfachung auch je einmal so viel Einnahme bringen wird.

Hg. v. Trojansky (Soz.): Die Vorlage unterliegt die Greifhaken gegenüber den mittleren und kleinen Banken in der Provinz.

Abgeordneter Bernstein (Unabhängiger Sozialdemokrat): Man kann die Aktienbesitzer nicht als demokratische Einrichtungen bezeichnen. Die Aktionäre sind Schmarotzer und eine Dividendensteuer ist deshalb grundsätzlich berechtigt.

Hg. Kessler (Soz.): Ein Unterausschuß wäre nach dieser mühseligen Ausarbeitung gar nicht mehr erforderlich. Auch wir glauben nicht, daß der Umsatzsteuereinkommens Ertrag bringen wird, weil eben der Verkehr zurückgehen wird. Lieberhaft wird dies nach dem Kriege, wo der Anreiz zu Spekulationen Anläufen möglich ist, weil die Kurschwankungen sehr viel geringer sein werden, in erhöhtem Maße der Fall sein. Durch den hohen Steuerfuß würde die Widerstandskraft der Böse geschwächt werden und daher müßte die Erhöhung, die sowohl den Händler, als auch den Kunden betrifft, sich in möglichen Grenzen bewegen, sonst werden die kleinen Banken schwer bedrückt und die Zusammenlegung der Großbanken befördert werden. Der sogenannte Straßentempel für nichtaktivierte Wertpapiere ist aus volkswirtschaftlichen Gründen gerechtfertigt. Eine geringere Höhe des Aktienumsatzsteuereinkommens, würde den Steuerertrag nicht beeinträchtigen, sondern steigern, weil dann der Rückgang des Verkehrs nicht in diesem Maße eintreten wird. Eine Unterabteilung zwischen Sparbanken und Banken bei Geldumsatz wäre unbedenklich.

Der Untersuchung des Hauptausflusses, dem Einzelfragen über die Umgestaltung zur Regelung überwiesen worden sind, hat eine Reihe von Bestimmungen vorgenommen. So hat er gegen die Stimmen des Zentrums und der Konservativen einen Antrag angenommen zum Schutze der Warenhändler gegen eine Ueberbesteuerung. Danach sollen Steuern auf den Warenumsatz neben der Umsatzsteuer vom 1. April 1919 ab nicht mehr erhoben werden. Ferner wurde beschlossen, daß die Gemeinden aus dem ihnen überwiesenen Vermögensanteil Mittel zur Erleichterung der Lebensmittelpflichtung und die Wirtsbewirtschaften zur Verfügung stellen sollen. Die Errichtung eines Reichsanstaltswesens wurde gutgeheißen und der Zeitpunkt für das Inkrafttreten des Gesetzes mit 1. 8. 18 festgesetzt. Das Gesetz soll zunächst bis 31. 12. 1920 dauern.

Von den Steuerausflüssen.

[Berlin, 5. Juni. (Von un. Berl. Büro.)] Heute nahmen die Steuerausflüsse ihre Arbeiten in vollem Umfang wieder auf. Man hofft die Beratungen so zu fördern, daß man schon in der nächsten Woche mit dem Reichsfinanzgesetz fertig sein kann. Wie die Dinge aber verlaufen sind, nach dem verlaufen werden, haben wir schon vorige Woche zu schildern versucht. Die verschiedenen Regierungen werden sich mit der einmaligen Abgabe vom Vermögen und vom Erwerbseinkommen einverstanden erklären. In die Denkschrift der Einkommen, wogegen in der Form und in dem Umfang des letzten Antrags Müller-Frieda werden sie sicherlich einverstanden. Dabei wird, soweit wir unterrichten zu sein glauben, eines die Voraussetzung sein: daß der Reichstag die Steuern ab Wanzel beschneidet, daß während der Verhandlungen nicht der Wunsch aufsteigt, aus dem Steuerertrag das eine oder andere Stück herauszubereiten und es als später zu veröffentlichen.

Die Reichsfinanzverwaltung, möchten wir anmerken, bezieht auf ganze Arbeit und, kommt das mit dem Ertrag der Finanzen verträglich ist, auch auf schneller Arbeit. Vielleicht muß sie sogar darauf bestehen, da ja bekanntlich im Herbst auch Mühen mit neuen Anforderungen an den Reichstag zu erwarten sind.

Deutscher Reichstag.

Sitzungsbericht.

167. Sitzung.

Berlin, 5. Juni. (M. S.)

Von Bundespräsident: von Vagel, von Wallraf, von Briesberg.

Vizepräsident Dr. Baasche eröffnet die Sitzung um 1.29 Uhr. Die Vorlage ist der Reichsversammlung mit 100 Stimmen eingegangen. Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung zur Abänderung des Gesetzes betreffend die Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder des Reichstags. Danach soll der Abgeordnete Herr der Bismarck 3000 Mk. 5000 Mk. erhalten. Dementsprechend soll auch bei Verfassungen ein höherer Betrag, statt 30 Mk. 30 Mk., in Abzug gebracht werden.

Hg. Dove (Volkspartei) empfiehlt die Bewilligung einer Aufwandsentschädigung für den ersten Präsidenten. Zugl. wo der Boden unbesetzt sei, sei der gegebene Anspruch dazu da, es könnte dochkommen, daß geeignete Persönlichkeiten für die Bekämpfung des ersten Präsidenten aus wirtschaftlichen Gründen das Amt nicht annehmen könnten.

Abgeordneter Graf Bismarck (Kon.): Wir wünschen nicht, daß der rein ehrenamtliche Charakter des Präsidentenpostens irgendwie beeinträchtigt wird. Auch zur Zeit der größten Sparnotwendigkeit und der peinlichen Einschränkung glauben wir nicht, diesem Gedanken zustimmen zu können.

Staatssekretär von Wallraf: Die verschiedenen Regierungen haben zu dieser Anregung noch nicht Stellung nehmen können. Ich glaube aber hoffen zu dürfen, daß wir dem Grundgedanken zustimmen können.

Die Vorlage wird in fortgesetzter zweiter und dritter Beratung einstimmig angenommen.

Danach wird die Ausdrucksache über Belagerungsgesetze und Sexualverbrechen verlesen.

Hg. Guldstein (Volkspartei): Es ist möglich, legt, wo große Rücksicht abzuweisen, aber diese Dinge zu reden. Es ist aber sehr schmerzhaft, wenn diese Dinge zu reden. In rein militärischen Dingen ist, wie wir anerkennen müssen, die Natur eine unerbittliche Unmenslichkeit. Dabei muß es aber stehen.

Der verlesene Belagerungsgesetz in den nicht mehr bedrohten Festungen sollte baldmöglichst aufgehoben werden. Die Justiz scheint jedoch dazu da zu sein, alle Voraussetzungen und Verbindlichkeiten der Reichsregierung und des Reichstags anzulassen und andererseits die Rechte der Abwehr zu unterdrücken. Man muß da mit äußerster Vorsicht sein. Dann ist es schon besser, wenn die Justiz überhaupt beteiligt würde.

Vor der Präsidentenwahl.

[Berlin, 5. Juni. (Von unserem Berliner Büro.)] Eine Nachrichtenstelle hat gemeint, die Zusammensetzung des Präsidiums des Reichstags würde künftig die sein: Herr Fehrenbach Präsident, 1. Vizepräsident Herr Scheldemann, 2. und 3. Vizepräsident die Herren Baasche und Dove. Das wäre natürlich für die beiden bisherigen Vizepräsidenten kein Erfolg. Es geht schlechterdings nicht an, daß sie wie Schulsoldaten einen Platz heruntergesetzt werden. Vielleicht wird man, um der Neuwahl jeden Stachel gegen die bisher amtierenden Vizepräsidenten zu nehmen, nach österreichischem Muster künftighin alle Vizepräsidenten einander gleichstellen.

Bei der Gelegenheit dieser Neuwahl wird dann auch die Frage der Repräsentationsgelder für den Präsidenten ein für allemal wenigstens im Grundlag geregelt werden. Der Reichstagspräsident wird in Zukunft ein Jahrgeld von 50000 Mark beziehen, bei dem gegenwärtigen Gehalt, zumal für einen Mann, der wie Herr Fehrenbach sein Amt und seine Praxis aufgeben muß, keine allzu üppige Entschädigung.

Deutsches Reich.

Verwendung der Ludendorff-Spende.

Ein ganz neuer Grundstich ist für die Verteilung der durch die Ludendorff-Spende zusammengebrachten Gelder aufgestellt worden. Sie sollen nicht, wie dies bei anderen Sammlungen üblich war, in einen Zentralfonds zusammen, um von da aus wieder über das Deutsche Reich verteilt zu werden, sondern sie werden von vornherein in dem Landesteil, in dem sie gesammelt worden sind, jeder Provinz oder also die Bewilligung, daß keine Geben demjenigen Kriegsbefehlshaber zugute kommen, die ihm am nächsten stehen müssen. Nur ein Bruchteil der gesammelten Gelder, nämlich 15 Prozent, wird an die Zentralstelle abgeführt und bildet einen Ausgleichsfonds, der demjenigen Landesteil zugute kommt, in dem infolge größerer oder weniger zahlreicher Bevölkerung das Ergebnis hinter anderen Landesteilen zurückbleiben muß.

Die Aufgaben, die mit den gesammelten Mitteln zu lösen sind, umfassen in Ordnung der staatlichen Fürsorge; Fortleitung der Heilbehandlung, Berufsausbildung, Arbeitsbeschaffung nur allen oder in gewissen Fällen Bergelunterstützung. Die Notwendigkeit einer solchen hat sich auf Grund der bisherigen Kriegserfahrungen bereits herausgestellt. Es gilt häufig, dem Kriegsbefehlshaber mit seinen Angehörigen über die Zeit hinwegzuhelfen, in welcher er für seinen Beruf wieder tauglich gemacht werden soll; es gilt, falls er sich einem neuen Berufe zuwenden muß, ihm Arbeitserwerb und Arbeitsleitung zu verschaffen; es gilt, dem einen oder anderen das Kapital vorzuführen, mit dessen Hilfe er sich selbständig machen kann. In solchen Fällen wird die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Existenz des Kriegsbefehlshabers davon abhängen, ob ihm eine gewisse Geldsumme zur Verfügung gestellt werden kann.

Gerade diese sogenannten und notwendige Art der Unterstützung läßt sich am besten durch eine außerordentlich große Mittel. Insofern mehr dort darauf gerechnet wird, daß bei der Bewilligung der Beiträge jeder einzelne bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit herangeht.

Die preussische Wahlrechtsreform.

Die rechtsnationalliberale Gruppe.

[Berlin, 5. Juni. (Von un. Berliner Büro.)] In politischen Kreisen hat man immer mehr das Gefühl, daß die preussische Wahlrechtsreform auf den toten Stand geraten und daß nur noch ein Ausweg bleibt: Aufschub und Neuwahl. Die rechtsnationalliberale Gruppe geht nunmehr ihren Weg in völliger Verlassenheit. Die Herrschaft strenges Stillschweigens gelobt; was sie planen und beschließen bleibt Geheimnis ihres Kreises. Immerhin scheint es, daß sie nicht ohne Erfolg Anschlag an die Konservativen gesetzt haben und demnachst uns wohl durch einen gemeinsamen Schritt überreden werden. Mehr als ein Unentschieden kann dabei natürlich nicht herauskommen; der Weg ist für die Regierung nachgerade vorgezeichnet.

Rolle im Schwarzwald.

c. Vom Schwarzwald, 5. Juni. (Pr.-Tel.) Die verlassene Stadt war, wie berichtet wird, im Schwarzwald überaus lebhaft. Seit Jahren eine Ruinenstadt zu verzeichnen war. Die Tempelruinen sind in den engen Bergtäler des Schwarzwalds nicht unter dem Wertpunkt gestiegen und stellenweise gestiegen. Selbst in der Ebene war in den Morgenstunden die Temperatur bis auf wenige Grad über den Wertpunkt gestiegen und auf den Bergen und Tälern zeigte sich die Bildung. Dies ist seit Jahren nicht mehr Anfangs Juni der Fall gewesen.

Aus Stadt und Land.

Zur Entelgung der Fächerer und Fenstergriffe

Die Entelgung der Fächerer und Fenstergriffe... Die Industrie, welche die gegenwärtige Lage auszunutzen...

Militärische Beförderung. Oberster Wilhelm Bergolt.

...wurde in den letzten Kämpfen zum Unteroffizier befördert.

Die Verteilung des Einmachzuckers. Ein Auftrag der Stadt.

Über die Verteilung des Einmachzuckers... Die Verteilung des Einmachzuckers...

Volks- und Jugendbeschaffen des Vereins gegen Mißbrauch.

Die Besuche der Schwägerinnen... wurde im Monat Mai von 303 Erwachsenen und 212 Kindern...

Unfälle. Der 9 Jahre alte Sohn eines in S. 2. 17 wohnenden.

Der 9 Jahre alte Sohn eines in S. 2. 17 wohnenden... Unfälle. Der 9 Jahre alte Sohn eines in S. 2. 17 wohnenden...

Unaufgeklärte Diebstähle. In letzter Zeit wurden.

In letzter Zeit wurden... Unaufgeklärte Diebstähle. In letzter Zeit wurden...

Verhaftet wurden 32 Personen wegen verschiedener strafbarer Handlungen...

Verzeichnisse.

Die Ausschüttung des Deutschen Verbandes für das landwirthschaftliche Bildungswesen... Die Ausschüttung des Deutschen Verbandes...

Mannheimer Strafkammer.

Strafkammer I Sitzung vom 4. Juni. Vorsitzender: Stadtrathsdirektor Baumgartner.

Der Strafkammer I Sitzung vom 4. Juni... Der Strafkammer I Sitzung vom 4. Juni...

Kommunales.

Der Kommunalverband hatte in den Jahren seines Bestehens... Der Kommunalverband hatte in den Jahren seines Bestehens...

Der Kommunalverband hatte in den Jahren seines Bestehens... Der Kommunalverband hatte in den Jahren seines Bestehens...

Der Kommunalverband hatte in den Jahren seines Bestehens... Der Kommunalverband hatte in den Jahren seines Bestehens...

Der Kommunalverband hatte in den Jahren seines Bestehens... Der Kommunalverband hatte in den Jahren seines Bestehens...

Der Kommunalverband hatte in den Jahren seines Bestehens... Der Kommunalverband hatte in den Jahren seines Bestehens...

Der Kommunalverband hatte in den Jahren seines Bestehens... Der Kommunalverband hatte in den Jahren seines Bestehens...

Der Kommunalverband hatte in den Jahren seines Bestehens... Der Kommunalverband hatte in den Jahren seines Bestehens...

Der Kommunalverband hatte in den Jahren seines Bestehens... Der Kommunalverband hatte in den Jahren seines Bestehens...

Der Kommunalverband hatte in den Jahren seines Bestehens... Der Kommunalverband hatte in den Jahren seines Bestehens...

Der Kommunalverband hatte in den Jahren seines Bestehens... Der Kommunalverband hatte in den Jahren seines Bestehens...

Der Kommunalverband hatte in den Jahren seines Bestehens... Der Kommunalverband hatte in den Jahren seines Bestehens...

Der Kommunalverband hatte in den Jahren seines Bestehens... Der Kommunalverband hatte in den Jahren seines Bestehens...

Der Kommunalverband hatte in den Jahren seines Bestehens... Der Kommunalverband hatte in den Jahren seines Bestehens...

Handel und Industrie.

Reichsbankausweis vom 31. Mai

Bestand an kursfähigem deutschem Geld und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen, das Kilogramm je zu 2784 Mark berechnet.

Table with columns: Vermögen (in 1000 Mark), gegen die Vorwoche, and values for Metallbestand, Darunter Gold, etc.

Bei den Abrechnungsbilanzen wurden im Monat Mai abgerechnet 9862 534 300 Mark.

Berlin, 5. Juni. (WTB.) Nach dem vorliegenden Ausweis, in dem die Ansprüche des Monatschlusses zum Ausdruck kommen...

Der Zahlungsmittelbedarf war in der letzten Maiwoche sehr stark. Der Banknotenumlaufl stieg von 11 700,3 Mill. M. auf 12 002,7 Millionen, d. h. um 302,4 Millionen M. gegen 153,1 Millionen M. in der entsprechenden Woche des Vorjahres...

Der Zahlungsmittelbedarf war in der letzten Maiwoche sehr stark. Der Banknotenumlaufl stieg von 11 700,3 Mill. M. auf 12 002,7 Millionen, d. h. um 302,4 Millionen M. gegen 153,1 Millionen M. in der entsprechenden Woche des Vorjahres...

Der Zahlungsmittelbedarf war in der letzten Maiwoche sehr stark. Der Banknotenumlaufl stieg von 11 700,3 Mill. M. auf 12 002,7 Millionen, d. h. um 302,4 Millionen M. gegen 153,1 Millionen M. in der entsprechenden Woche des Vorjahres...

Der Zahlungsmittelbedarf war in der letzten Maiwoche sehr stark. Der Banknotenumlaufl stieg von 11 700,3 Mill. M. auf 12 002,7 Millionen, d. h. um 302,4 Millionen M. gegen 153,1 Millionen M. in der entsprechenden Woche des Vorjahres...

Der Zahlungsmittelbedarf war in der letzten Maiwoche sehr stark. Der Banknotenumlaufl stieg von 11 700,3 Mill. M. auf 12 002,7 Millionen, d. h. um 302,4 Millionen M. gegen 153,1 Millionen M. in der entsprechenden Woche des Vorjahres...

Der Zahlungsmittelbedarf war in der letzten Maiwoche sehr stark. Der Banknotenumlaufl stieg von 11 700,3 Mill. M. auf 12 002,7 Millionen, d. h. um 302,4 Millionen M. gegen 153,1 Millionen M. in der entsprechenden Woche des Vorjahres...

Der Zahlungsmittelbedarf war in der letzten Maiwoche sehr stark. Der Banknotenumlaufl stieg von 11 700,3 Mill. M. auf 12 002,7 Millionen, d. h. um 302,4 Millionen M. gegen 153,1 Millionen M. in der entsprechenden Woche des Vorjahres...

Der Zahlungsmittelbedarf war in der letzten Maiwoche sehr stark. Der Banknotenumlaufl stieg von 11 700,3 Mill. M. auf 12 002,7 Millionen, d. h. um 302,4 Millionen M. gegen 153,1 Millionen M. in der entsprechenden Woche des Vorjahres...

Der Zahlungsmittelbedarf war in der letzten Maiwoche sehr stark. Der Banknotenumlaufl stieg von 11 700,3 Mill. M. auf 12 002,7 Millionen, d. h. um 302,4 Millionen M. gegen 153,1 Millionen M. in der entsprechenden Woche des Vorjahres...

Der Zahlungsmittelbedarf war in der letzten Maiwoche sehr stark. Der Banknotenumlaufl stieg von 11 700,3 Mill. M. auf 12 002,7 Millionen, d. h. um 302,4 Millionen M. gegen 153,1 Millionen M. in der entsprechenden Woche des Vorjahres...

Der Zahlungsmittelbedarf war in der letzten Maiwoche sehr stark. Der Banknotenumlaufl stieg von 11 700,3 Mill. M. auf 12 002,7 Millionen, d. h. um 302,4 Millionen M. gegen 153,1 Millionen M. in der entsprechenden Woche des Vorjahres...

Der Zahlungsmittelbedarf war in der letzten Maiwoche sehr stark. Der Banknotenumlaufl stieg von 11 700,3 Mill. M. auf 12 002,7 Millionen, d. h. um 302,4 Millionen M. gegen 153,1 Millionen M. in der entsprechenden Woche des Vorjahres...

Der Zahlungsmittelbedarf war in der letzten Maiwoche sehr stark. Der Banknotenumlaufl stieg von 11 700,3 Mill. M. auf 12 002,7 Millionen, d. h. um 302,4 Millionen M. gegen 153,1 Millionen M. in der entsprechenden Woche des Vorjahres...

Der Zahlungsmittelbedarf war in der letzten Maiwoche sehr stark. Der Banknotenumlaufl stieg von 11 700,3 Mill. M. auf 12 002,7 Millionen, d. h. um 302,4 Millionen M. gegen 153,1 Millionen M. in der entsprechenden Woche des Vorjahres...

Der Zahlungsmittelbedarf war in der letzten Maiwoche sehr stark. Der Banknotenumlaufl stieg von 11 700,3 Mill. M. auf 12 002,7 Millionen, d. h. um 302,4 Millionen M. gegen 153,1 Millionen M. in der entsprechenden Woche des Vorjahres...

Der Zahlungsmittelbedarf war in der letzten Maiwoche sehr stark. Der Banknotenumlaufl stieg von 11 700,3 Mill. M. auf 12 002,7 Millionen, d. h. um 302,4 Millionen M. gegen 153,1 Millionen M. in der entsprechenden Woche des Vorjahres...

Der Zahlungsmittelbedarf war in der letzten Maiwoche sehr stark. Der Banknotenumlaufl stieg von 11 700,3 Mill. M. auf 12 002,7 Millionen, d. h. um 302,4 Millionen M. gegen 153,1 Millionen M. in der entsprechenden Woche des Vorjahres...

Der Zahlungsmittelbedarf war in der letzten Maiwoche sehr stark. Der Banknotenumlaufl stieg von 11 700,3 Mill. M. auf 12 002,7 Millionen, d. h. um 302,4 Millionen M. gegen 153,1 Millionen M. in der entsprechenden Woche des Vorjahres...

Der Zahlungsmittelbedarf war in der letzten Maiwoche sehr stark. Der Banknotenumlaufl stieg von 11 700,3 Mill. M. auf 12 002,7 Millionen, d. h. um 302,4 Millionen M. gegen 153,1 Millionen M. in der entsprechenden Woche des Vorjahres...

Der Zahlungsmittelbedarf war in der letzten Maiwoche sehr stark. Der Banknotenumlaufl stieg von 11 700,3 Mill. M. auf 12 002,7 Millionen, d. h. um 302,4 Millionen M. gegen 153,1 Millionen M. in der entsprechenden Woche des Vorjahres...

Der Zahlungsmittelbedarf war in der letzten Maiwoche sehr stark. Der Banknotenumlaufl stieg von 11 700,3 Mill. M. auf 12 002,7 Millionen, d. h. um 302,4 Millionen M. gegen 153,1 Millionen M. in der entsprechenden Woche des Vorjahres...

Der Zahlungsmittelbedarf war in der letzten Maiwoche sehr stark. Der Banknotenumlaufl stieg von 11 700,3 Mill. M. auf 12 002,7 Millionen, d. h. um 302,4 Millionen M. gegen 153,1 Millionen M. in der entsprechenden Woche des Vorjahres...

Der Zahlungsmittelbedarf war in der letzten Maiwoche sehr stark. Der Banknotenumlaufl stieg von 11 700,3 Mill. M. auf 12 002,7 Millionen, d. h. um 302,4 Millionen M. gegen 153,1 Millionen M. in der entsprechenden Woche des Vorjahres...

Der Zahlungsmittelbedarf war in der letzten Maiwoche sehr stark. Der Banknotenumlaufl stieg von 11 700,3 Mill. M. auf 12 002,7 Millionen, d. h. um 302,4 Millionen M. gegen 153,1 Millionen M. in der entsprechenden Woche des Vorjahres...

Der Zahlungsmittelbedarf war in der letzten Maiwoche sehr stark. Der Banknotenumlaufl stieg von 11 700,3 Mill. M. auf 12 002,7 Millionen, d. h. um 302,4 Millionen M. gegen 153,1 Millionen M. in der entsprechenden Woche des Vorjahres...

Der Zahlungsmittelbedarf war in der letzten Maiwoche sehr stark. Der Banknotenumlaufl stieg von 11 700,3 Mill. M. auf 12 002,7 Millionen, d. h. um 302,4 Millionen M. gegen 153,1 Millionen M. in der entsprechenden Woche des Vorjahres...

Der Zahlungsmittelbedarf war in der letzten Maiwoche sehr stark. Der Banknotenumlaufl stieg von 11 700,3 Mill. M. auf 12 002,7 Millionen, d. h. um 302,4 Millionen M. gegen 153,1 Millionen M. in der entsprechenden Woche des Vorjahres...

Der Zahlungsmittelbedarf war in der letzten Maiwoche sehr stark. Der Banknotenumlaufl stieg von 11 700,3 Mill. M. auf 12 002,7 Millionen, d. h. um 302,4 Millionen M. gegen 153,1 Millionen M. in der entsprechenden Woche des Vorjahres...

Der Zahlungsmittelbedarf war in der letzten Maiwoche sehr stark. Der Banknotenumlaufl stieg von 11 700,3 Mill. M. auf 12 002,7 Millionen, d. h. um 302,4 Millionen M. gegen 153,1 Millionen M. in der entsprechenden Woche des Vorjahres...

Der Zahlungsmittelbedarf war in der letzten Maiwoche sehr stark. Der Banknotenumlaufl stieg von 11 700,3 Mill. M. auf 12 002,7 Millionen, d. h. um 302,4 Millionen M. gegen 153,1 Millionen M. in der entsprechenden Woche des Vorjahres...

Der Zahlungsmittelbedarf war in der letzten Maiwoche sehr stark. Der Banknotenumlaufl stieg von 11 700,3 Mill. M. auf 12 002,7 Millionen, d. h. um 302,4 Millionen M. gegen 153,1 Millionen M. in der entsprechenden Woche des Vorjahres...

Der Zahlungsmittelbedarf war in der letzten Maiwoche sehr stark. Der Banknotenumlaufl stieg von 11 700,3 Mill. M. auf 12 002,7 Millionen, d. h. um 302,4 Millionen M. gegen 153,1 Millionen M. in der entsprechenden Woche des Vorjahres...

Der Zahlungsmittelbedarf war in der letzten Maiwoche sehr stark. Der Banknotenumlaufl stieg von 11 700,3 Mill. M. auf 12 002,7 Millionen, d. h. um 302,4 Millionen M. gegen 153,1 Millionen M. in der entsprechenden Woche des Vorjahres...

Der Zahlungsmittelbedarf war in der letzten Maiwoche sehr stark. Der Banknotenumlaufl stieg von 11 700,3 Mill. M. auf 12 002,7 Millionen, d. h. um 302,4 Millionen M. gegen 153,1 Millionen M. in der entsprechenden Woche des Vorjahres...

